Stefan Sokoll

StromWendeMagdeburg@klimabuendnis-magdeburg.de

Landeshauptstadt Magdeburg
Die Oberbürgermeisterin

16. Jan. 2023

Anlagen

Oberbürgermeisterin Simone Borris
Alter Markt 6
39104 Magdeburg

Rechtsamt
17. JAN. 2023

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin,

vielen Dank für die ausführliche Darlegung Ihres Standpunktes. Wir widersprechen hiermit allerdings Ihrer Begründung zur Ablehnung unseres Bürger*innenbegehrens.

Auch uns war bereits im Vorhinein der fehlende mehrheitliche Einfluss der Landeshauptstadt Magdeburg in den Gremien der Städtischen Werke Magdeburg GmbH & Co. KG (SWM), um die vorgeschlagenen Maßnahmen allein nur mit städtischem Einfluss umzusetzen, bekannt. Dennoch haben wir Bürger*innen das Recht, dass unsere Stadt sich im Rahmen ihrer Möglichkeiten, die ihr als Mehrheitseigner der SWM zustehen, für unsere Forderungen einsetzt und auf deren Umsetzung drängt. Daher ist unsere Abstimmungsfrage mit der Formulierung, dass die "Stadt Magdeburg im Rahmen ihrer Unternehmensbeteiligungen nachdrücklich und kontinuierlich darauf hinwirken" soll, zulässig und mithin unser Bürger*innenbegehren. Die rechtliche Zulässigkeit dieser Formulierung wurde im Rahmen eines Gutachtens der Rechtsanwälte Günther (Postfach 130473, 20104 Hamburg) festgestellt, welches auch für AGs gilt, die sich zu weniger als 75% im Besitz der Stadt befinden. Dieses Gutachten liegt uns vor.

Von daher möchten wir Sie bitten, uns innerhalb von zwei Wochen nach Eingang des beiligenden Antrages die Annahme unseres Bürger*innenbegehrens schriftlich zu bestätigen.

Des Weiteren bitten wir darum, zeitnah mit der Erstellung der Kostenschätzung zu beginnen und diese uns zuzusenden.

In diesem Zusammenhang möchten wir darauf hinweisen, dass nicht davon auszugehen ist, dass durch das Hinwirken der Landeshauptstadt Magdeburg unwirtschaftliche Maßnahmen auf Seiten der SWM beschlossen würden, da die Zustimmung weiterer Gesellschafter*innen hierfür zwingend notwendig wäre. Sollte die Landeshauptstadt Magdeburg durch ihren Einfluss erreichen, dass die SWM die von der Initiative StromWendeMagdeburg geforderten Maßnahmen ganz oder teilweise umsetzt, so wären diese somit sehr wahrscheinlich derartig ausgestaltet, dass sie dem Grundsatz der Wirtschaftlichkeit genügen. Darüber hinaus würden Investitionen aus den Mitteln der SWM und nicht aus dem Haushalt der Landeshauptstadt Magdeburg bestritten werden. Für den kommunalen Haushalt der Landeshauptstadt Magdeburg würde somit die Annahme des vorliegenden Bürger*innenbegehrens keine Mehraufwendungen bedingen, die an die SWM auszugleichen wären. Einer zeitnahen Fertigstellung der Kostenschätzung steht daher aus unserer Sicht nichts im Wege.

Wir denken, dass eine in dieser Stoßrichtung formulierte Kostenschätzung ein gangbarer Pfad wäre, mit unserem Anliegen umzugehen. Eine ähnliche Art der Kostenschätzung wurde auch von der Bürgerinitiative Kassel kohlefrei vorgenommen und von der Stadt Kassel nicht beanstandet.

Unabhängig vom Prozedere der Antragsstellung sind wir weiterhin gern zu einem persönlichen Gespräch mit Ihnen bereit, um die von Ihnen vorgebrachten Bedenken zu besprechen.

Wir würden uns freuen, wenn Sie uns 1-2 mögliche Termine vorschlagen könnten.

Wir freuen uns, von Ihnen zu hören.

Viele Grüße

Hartwig Haase, Marvin Kohpeiß und Stefan Sokoll für die Bürger*inneninitiative StromWendeMagdeburg

Stefan Sokoll

StromWendeMagdeburg@klimabuendnis-magdeburg.de

Landeshauptstadt Magdeburg
Die Oberbürgermeisterin

16. Jan. 2023

Anlagen

Oberbürgermeisterin Simone Borris
Alter Markt 6
39104 Magdeburg

13. Januar 2023

Beantragung der Kostenschätzung für den Bürger*innenentscheid "StromWendeMagdeburg"

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin,

wir die Bürger*inneninitiative "StromWendeMagdeburg", wollen die Energiewende deutlich beschleunigen. Deshalb melden wir hiermit ein neues Bürger*innenbegehren "StromWendeMagdeburg" an. Um jetzt mit der Unterschriftensammlung beginnen zu können, brauchen wir eine Kostenschätzung. Hiermit bitte ich Sie, uns diese zu erstellen.

Unsere Abstimmungsfrage hat folgenden Wortlaut:
"Soll die Stadt Magdeburg im Rahmen ihrer Unternehmensbeteiligungen nachdrücklich und kontinuierlich darauf hinwirken, dass die Städtische Werke Magdeburg GmbH & Co. KG und deren Tochterunternehmen spätestens ab 2029 nur Strom aus erneuerbaren Energien liefern, wobei sie

1. diesen selbst in eigenen Anlagen produzieren, im Rahmen von Stromlieferverträgen aus veröffentlichten Anlagen erwerben oder im Rahmen von Mieterstrommodellen zur Verfügung stellen,
2. bis zur Erreichung des Ziels, ab 2025 einen jährlichen Anstieg der entsprechenden erneuerbaren Anteile in Höhe von mindestens 14 Prozentpunkten pro Jahr realisieren,
3. den Fortschritt mindestens jährlich auf ihrer Homepage im Internet dokumentieren und veröffentlichen und
4. bereits ab sofort pro verkaufter Kilowattstunde einen Cent in den Aufbau eigener erneuerbarer und, wo möglich, regionaler Energieanlagen investieren?"

Begründung:

Der Umstieg der Städtische Werke Magdeburg GmbH & Co. KG (SWM) auf 100% Ökostrom bis 2029 ist aus zwei Gründen dringend geboten.

Der neueste Bericht des Weltklimarats macht es deutlich: Es heißt jetzt oder nie, wenn die menschliche Zivilisation überleben will. Das Zeitfenster schließt sich rasend schnell, um unumkehrbare Kipppunkte in unserem Klimasystem noch abzuwenden.
Deutschland hat sich 2015 im Klimaschutzabkommen von Paris völkerrechtlich bindend dazu verpflichtet, die Erderwärmung auf deutlich unter 2 °C, möglichst auf 1,5 °C zu begrenzen. Um dieses 1,5°C Ziel zu erreichen, muss Deutschland nach Berechnungen des Sachverständigenrats für Umweltfragen (SRU) spätestens 2031 klimaneutral werden.[1] Um das Ziel überhaupt noch erfüllen zu können, müssen wir unsere Treibhausgasemissionen auf allen Ebenen umgehend drastisch reduzieren: von den Nationalstaaten über die Kommunen bis zu jedem einzelnen Menschen.
So auch die Stadt Magdeburg, die sich mit dem Beschluss-Nr. 123-003(VII)/19 vom 19.09.2019 das Ziel, CO2-Neutralität bereits im Jahr 2035 zu erreichen, ja bereits gesetzt hat.
Der Ukraine-Krieg hat uns unsere Abhängigkeit von fossilen Brennstoffen schmerzlich bewusst gemacht. Viele Menschen hier in Deutschland leiden unter den explodierenden Kosten für Öl und Gas. Wir fordern daher, dass die SWM bis 2029 auf 100% erneuerbare Energien umsteigt. Als erneuerbare Energien gelten dabei Wasserkraft, Windenergie, solare Strahlungsenergie, Geothermie, Energie aus Biomasse, sowie Energie aus der Verbrennung von Abfällen. Dadurch lösen wir uns aus der tödlichen Abhängigkeit von Diktatoren weltweit und stellen gleichzeitig sicher, dass sich alle Menschen Strom und Heizung wieder leisten können und im Winter nicht frieren müssen.

Die Stadt Magdeburg hat es in der Hand, die Weichen für eine zügige soziale und nachhaltige Energiewende zu legen.

Als Vertrauenspersonen stehen wir, Hartwig Haase, Marvin Kohpeiß und Stefan Sokoll gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

Stefan Sokoll und die Bürger*inneninitiative "StromWendeMagdeburg"

[1] Sachverständigenrat für Umweltfragen - Publikationen - Wie viel CO2 darf Deutschland maximal noch ausstoßen? Fragen und Antworten zum CO2-Budget (umweltrat.de)
[https://www.umweltrat.de/SharedDocs/Downloads/DE/04_Stellungnahmen/2020_2024/2022_06_fragen_und_antworten_zum_co2_budget.html;jsessionid=97210837C2009706E4C2A8D5E53E5E36.intranet242]